

Katja Kipping, MdB
Bernd Riexinger
Parteivorsitzende

Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Telefon: 030/24009-530
Telefax: 030/24009-631

E-Mail: buero.parteivorsitz@die-linke.de
www.die-linke.de

Berlin, 18. Mai 2015

Parteivorstand DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Vorsitzenden
Herrn Sigmar Gabriel
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

vorab per E-Mail

Sehr geehrter Herr Gabriel,

„Die europäische Krise macht vor Landesgrenzen keinen Halt. Die Politik der konservativen deutschen Bundesregierung hat alle Länder Europas zeitgleich in eine reine Kürzungs- und Austeritätspolitik ohne jeden Wachstumsimpuls gezwungen. In der Folge bricht das Wirtschaftswachstum Europas ein. Statt sinkender Schulden, explodieren die Staatsschulden Europas ebenso wie die Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern Europas.“ Diese Sätze entstammen dem Regierungsprogramm der SPD, mit dem Sie 2013 zur Bundestagswahl angetreten sind.

Die Debatte um die Verschuldung der Länder der Europäischen Union und der Eurozone in Folge der Bankenkrise 2008 wird seit Jahren mit zunehmend nationalistischen Argumenten geführt. Nationalistische Deutungsmuster sind der Nährboden für Rechtspopulisten in Europa.

Wir wissen: Es ist gefährlich und falsch, die Diskussion um die Krise als einen Konflikt zwischen Griechenland und Deutschland darzustellen. Der Konflikt, der gegenwärtig ausgetragen wird, ist der um den wirtschaftspolitischen Weg in der Europäischen Union. Es geht um die Frage, ob die gescheiterte neoliberale Austeritätspolitik weiter fortgesetzt werden soll oder ob ein neuer Pfad bestritten wird, der sich durch Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau und die Bekämpfung der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich in Europa auszeichnet.

Es ist höchste Zeit zu verstehen, wo Europa angesichts der weltweiten Diskussion steht und welche Rolle Deutschland bei einer Lösung zu spielen hat. Politiker, die am neoliberalen Leitbild der Unterordnung unter die Dominanz der (Finanz-)Märkte festhalten, sind im Begriff, großen Schaden anzurichten.

Vor diesem Hintergrund haben wir mit großen Interesse den Vorstoß der Gewerkschaftsvorsitzenden *„Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa“* zur Kenntnis genommen. Der Aufruf wurde auch von vielen Mitgliedern, Funktionsträgern und Abgeordneten unserer beiden Parteien sowie von namhaften Wissenschaftlern unterzeichnet. In ihrem offenen Brief mahnen die Gewerkschaftsvorsitzenden eindringlich einen Kurswechsel an. Die Politik des Abbaus müsse durch eine Politik des Aufbaus ersetzt werden. Sie fordern von der Politik einen *„Europäischen Investitionsplan“*.

Wir sehen in dem öffentlichen Appell der Gewerkschaftsvorsitzenden eine große Chance, die Stimmungsmache konservativer Politiker und Medien durch ein neues Deutungsmuster – neoliberale Austeritätspolitik versus sozial-ökologische Investitionspolitik – zu ersetzen.

Wir schlagen Ihnen deshalb vor, sich dem Appell der Gewerkschaftsvorsitzenden anzuschließen und in einer gemeinsamen Erklärung mit uns als Vorsitzende zweier der Gewerkschaftsbewegung verbundenen Parteien bei den Bürgerinnen und Bürgern dafür zu werben.

Um für unsere Initiative auch öffentlich werben zu können, haben wir uns entschieden, den Brief der Presse zur Verfügung zu stellen.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Katja Kipping in blue ink.

Katja Kipping

Handwritten signature of Bernd Riexinger in blue ink.

Bernd Riexinger